

Solidarität mit Frankfurt!

Solidarität mit den Besetzer_innen - gegen die Räumungen!

**nach der Räumung- der Kampf geht weiter :
kapitalistische Bildungskrise abwehren -
Bildung erobern!**

Dezember 2009

Am 30.11. wurde das Casino der Gothe-Uni besetzt. Dem ging eine Vollversammlung voraus, in der eine Resolution verabschiedet wurde. Kernpunkte sind:

1. Abschaffung des gesamten Bachelor-Master-Studiensystems und der Bologna-Richtlinien anstatt Versprechungen und Nachbesserungen.
2. Absage an eine Bildung, die sich von den marktwirtschaftlichen Interessen ableitet.
3. Absage an internationale Konkurrenz und Standort Deutschland.
4. Kampf für selbstständiges Studieren, politisch-kulturelles Engagement und demokratische und selbstbestimmte Ziele.

Tausende Studierende beteiligten sich an der Aneignung ihrer Uni, darunter auch Dozent_innen und debattierten über Bildungspolitik, Belange der Uni und organisierten Plena, Workshops und andere Veranstaltungen bei denen es einen Raum für kritische Diskussionen außerhalb des Rahmenplans gab.

Schnell begann die Unileitung einerseits den Studierenden und ihre Organe durch Verhandlungen eine scheinbare Sicherheit und Kompromissbereitschaft zu suggerieren, tat aber parallel alles, um die Studierenden schlechtzumachen.

Der Grund für die Aneignungsaktion, die Forderungen und das alternative Bildungsprogramm der Studierenden wurde in lokalen Zeitungen und bürgerlicher Presse verschwiegen, Farbschmierereien wurden zur Beschädigung des Gebäudes heraufgespielt und jedes politische Engagement außerhalb der kapitalistischen Parteien und die gesamte Bildungstreikbewegung der Student_innen kriminalisiert.

Am 2.12. wurde schließlich auf Aufforderung des Uni-Präsident Müller-Esterl der Campus durch die Einsatzhundertschaft der Polizei geräumt. Dieser Einsatz spaltete die öffentliche Meinung über die Rechtmäßigkeit von studentischem Widerstand und der Zweckmäßigkeit des polizeilichen Gewalteinsatzes.

Wir von der internationalen kommunistischen Jugendorganisation begrüßen die Aneignung der Uni durch die Studierenden und ihre Verbündeten und verurteilen die Unileitung und den Polizeieinsatz!

Fernab der Diskussion wie angebracht das farbliche Verschönern der weißen Wände ist, unterstützen wir die Bewegung der Student_innen und ihre Aktionen. Wir meinen, dass der Widerstand gegen das kapitalistische Bildungssystem und der Kampf für eine sozial-offene, gleiche und selbstverwaltete Bildung keine Frage der Moral und Legalität ist, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit im Sinne studentischer Interessen und der gesellschaftlichen Mehrheit.

So muss man die Aneignungsaktion der Frankfurter als einen richtigen Ansatz sehen, die Bildung unter Kontrolle der Bildungsteilnehmer_innen zu stellen, öffentlichen Druck und eine Plattform aufzubauen, um die Selbstorganisation der Aktivist_innen zu üben.

Diese Aktion steht im Zusammenhang mit dem internationalen Widerstand gegen die Bildungskrise des bürgerlich-liberalen Systems und ist ein Beispiel dafür, dass die Bewegung national wie international an Dynamik gewonnen

hat.

In dieser Phase müssen wir lernen, gemeinsame effektive Kommunikationsstrukturen der Bildungsprotestbewegung aufzubauen, die von den Plenas und Vollversammlungen der Schulen, Unis und Bündnisse kontrolliert werden und in der Lage sind, andere gesellschaftlich-unterdrückte Gruppen wie Arbeiter_innen und Arbeitslose, Jugendliche etc. zu gewinnen, um eine größere Bewegung zu formieren, die in der Lage ist, liberale Angriffe zurückzuschlagen und eine Gegenmacht aufzubauen, die sich auf die Aktions-, und Selbstverwaltungsorgane der gesellschaftlichen Mehrheit stützt und dem System des Kapitals und der Krisen den Kampf ansagt.

-Nieder mit dem Präsidium der Goethe-Universität! Uni unter Selbstverwaltung der Student_innen und Dozent_innen!

-Weg mit Streikbrechern und Polizeigewalt! Für den Aufbau von Streikposten und Selbstschutzgruppen!

- Kein Bologna-Prozess! Internationaler Kampf gegen die kapitalistische Bildungskrise!

Perspektiven der Besetzungen

Welche Perspektive für die Besetzungen an den Unis?

80.000 Studierende und SchülerInnen demonstrierten am 17. November in Deutschland. In über 50 Hochschulen sind zentrale Hörsäle besetzt. In Berlin

wurde auch eine Schule, das Albert-Einstein- Gymnasium, besetzt. Die Bewegung ist jedoch keineswegs eine, die sich „nur“ gegen die Missstände und Zumutungen des deutschen Bildungssystems richtet. Es ist eine internationale Bewegung. In Österreich sind seit fast vier Wochen die Unis besetzt. In Italien waren am 17.11. rund 150.000 auf der Straße. In Frankreich kommen hunderte von Schulen und Unis in Bewegung. Auch ausserhalb Europas fanden Aktionen statt oder befinden sich in Vorbereitung. Wir können also mit Fug und Recht von einer internationalen Bewegung sprechen. Diese umfasst außerdem nicht nur SchülerInnen und Studierende, sondern auch andere im Bildungs- und Erziehungssektor Tätige, so Beschäftigte in Kitas oder in Jugend- und Freizeiteinrichtungen, LehrerInnen an Schulen, Lehrende - von befristet beschäftigten Lehrbeauftragten und LektorInnen bis hin zum „akademischen Mittelbau“ - sowie „sonstige Beschäftigte“ an den Unis wie Mensapersonal, die sich z.B. als Beschäftigte des Studentenwerks im Arbeitskampf um höhere Löhne und gegen weitere Privatisierungen befinden.

Wie weiter?

Die Schüler- und Studentenbewegung stellt einen wichtigen Ausgangspunkt im Kampf gegen die Angriffe der Regierung dar. Die besetzten Uni-Hörsäle sind heute ihr Zentrum. Die Frage ist also, wie diese gehalten, die Besetzungen gestärkt und zu Besetzungen kompletter Unis ausgebaut werden können?! Und: Wie können diese Aktionen mit anderen Kämpfen der SchülerInnen, von Azubis und von Lohnabhängigen verbunden werden? Bisher existieren die Besetzungen nur als lose, via Internet und „Netzwerke“ verbundene Aktionen. In den nächsten Tagen sollen jedoch erste Treffen zwischen den Unis stattfinden. Es gibt jedoch noch keine Koordinierung, keine gemeinsame Plattform, keinen Plan zur Steigerung der Aktivitäten über die Blockade der Kultusministerkonferenz am 12. Dezember hinaus. Hier unsere Vorschläge dazu:

1.

Die besetzten Hörsäle werden auf Dauer nur gehalten werden können, wenn die BesetzerInnen einen Weg finden, ihre Unterstützerbasis an den Unis selbst zu verbreitern. Dazu ist erstens ein bundesweites Forderungspaket notwendig, das die wichtigsten Forderungen der Studierenden zusammenfasst und mit jenen der SchülerInnen verbindet. Es muss in diesem Kontext auch deutlich werden, wer berechnigte Forderungen, z.B. nach mehr Lehrenden, besserer Ausstattung usw., finanzieren soll, z.B. indem die Forderung nach Besteuerung der Reichen erhoben wird.

2.

Von den BesetzerInnen wie auch von Bildungs- und SchülerInnenbündnissen muss eine systematische Agitation für Besetzungstreiks betrieben werden. Warum? Erstens haben jahrelange „Reformdiskussionen“ gezeigt, dass von den Uni-Leitungen, den Ministerien usw. nichts zu erwarten ist außer folgenlosem und daher nutzlosem „Verständnis“. Daher müssen die Aktionen verstärkt werden. Nur Besetzungen an den Unis und Schulen erlauben, längerfristig Druck auszuüben, weil so der Lehrbetrieb lahm gelegt werden kann und so ein wichtiger Teil der Reproduktion in der bürgerlichen Gesellschaft gestört wird. Vor allem aber haben die SchülerInnen und Studierenden so Zeit, nicht ständig Protest und Schule/Studium unter einen Hut kriegen zu müssen. Sie müssen daher auch fordern, dass ihre Aktionen als „Streiksemester“ anerkannt werden, um keinen Schaden für ihr Studium zu erleiden.

3.

Zweifelloos ist es schwer, wenn nicht unmöglich, unmittelbar zu Vollbesetzungen zu schreiten. Die Besetzungen einzelner Hörsäle selbst haben aber nur eine Perspektive, wenn sie sich die Vorbereitung solcher Besetzungen zum Ziel setzen - ansonsten werden sie früher oder später „bröckeln“ und zum Selbstzweck werden.

4.

Um die Aktionen zu verstärken und besser zu koordinieren, brauchen die Besetzungen politisch verantwortliche Streik- oder Besetzungskomitees, die während der Plena oder VVs die Streikenden nach außen repräsentieren, über taktische Fragen (z.B. Was tun, wenn die Polizei kommt?) entscheiden und die Koordinierung mit anderen Unis/Besetzungen übernehmen.

5.

Die Studierenden sollen sich mit den Bündnissen der SchülerInnen koordinieren, mit Kämpfen der ArbeiterInnen, mit Anti-Krisenbündnissen, um mit diesen gemeinsam rasch weitere Aktionen, Demonstrationen, Blockaden usw. zu organisieren, um den Druck der Bewegung zu erhöhen.

6.

Um die Dynamik der Besetzungen, der Aktionen zu stärken, sind nicht nur Agitation und Aufklärung an den Unis wichtig. Es müssen auch regelmäßig Aktionen in den Städten erfolgen, um die Bevölkerung zu erreichen und deren Solidarität zu erhalten.

7.

Um die Aktionen und Proteste im Bildungsbereich zu stärken und besser zu verbinden, schlagen wir die Schaffung einer bundesweiten sowie auch internationalen Koordinierung der Proteste im Rahmen von Aktionskonferenzen vor. Für Deutschland sollten die besetzenden Unis rasch eine solche Konferenz einberufen. Ein erster Schritt wäre eine Konferenz direkt im Anschluss an die Bonner Bildungsproteste, zu der auch VertreterInnen der Schülerbündnisse, der Kitas, von ver.di und GEW und von den Mensa-Beschäftigten usw. eingeladen werden sollten.

Kein Vertrauen in die falschen Freunde aus den Uni-Leitungen und Ministerien!

Die „Solidarität“ und Unterstützung, die jetzt von Regierungen und Uni-Rektoren kommt, ist nicht nur verlogen, sondern auch falsch. Selbst Ministerin Schawan heuchelt Verständnis und rügt Unis und Länder, dass sie „die Reformen nicht umgesetzt“ hätten. Dabei sind doch die „Reformen“ wie Bachelor/Master Teil des Problems - nun nicht bloß deren „schlechte Umsetzung“.

Auch die jetzt ins Spiel gebrachte Erhöhung des Bafög ist reine Augenwischerei. Was die Studierenden, die Azubis, die SchülerInnen ab 16 brauchen sind Vergütungen oder Mindesteinkommen, von denen sie auch leben können - und zwar ohne dieser später wieder abstottern zu müssen! Rektoren, Direktoren und Länderministerien tun es Schawan gleich. Jetzt wollen auch sie schon immer für eine „ganz andere“ Wissenschaftspolitik gewesen sein. Auch wären sie mit den Studierenden und SchülerInnen „solidarisch“ - was freilich viele nicht daran gehindert hat, bei den letzten Bildungstreiks oder auch nur in den letzten Wochen die Bullen zu rufen, um Besetzungen mit Gewalt aufzulösen. Die Uni-Leitungen und Wirtschaftsministerien haben nicht dieselben Interessen wie die Mehrheit der Studierenden - und schon gar nicht wie die der Mehrheit der Bevölkerung. Die Frage ist

schließlich nicht bloß, dass es „mehr Geld“ für die Unis gibt; die Frage ist auch, wer das bezahlen soll? Die Frage ist, wer bestimmt, wofür es verwendet wird: bürgerliche Professoren, Ministerien, Unternehmerverbände oder die große Mehrheit der Gesellschaft – die Arbeiterklasse. Das sind die Alternativen! Es gibt im Kapitalismus kein Bildungs- und Ausbildungssystem, das über den Klasseninteressen steht oder stehen könnte. Wenn wir für die Kontrolle der Unis, der Schulen u.a. Bildungseinrichtungen kämpfen, so geht es immer darum, die bestehende Kontrolle dem Kapital und dem bürgerlichen Staat zu entreißen und für die Kontrolle durch gewählte und jederzeit abwählbare VertreterInnen der StudentInnen, der Lehrenden und der Gewerkschaften zu kämpfen. Es geht darum, dem Protest eine anti-kapitalistische, revolutionäre und Klassenperspektive zu geben. Denn: Nur im gemeinsamen Kampf von Studierenden, SchülerInnen, Azubis, Lehrenden mit alle anderen, von den Angriffe des Kapitals und der Regierung Bedrohten, haben die Besetzungen eine längerfristige Perspektive.

Freier und kostenloser Zugang zur Bildung für Alle!

- **Weg mit allen Arten von Studiengebühren! Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Bildungseinrichtungen!**
- **Ausbildungsplätze für alle zu tariflichen Bedingungen, finanziert durch die Unternehmer!**
- **Nein zum Turbo-Abi! Abschaffung des Numerus Clausus!**
- **Mindesteinkommen/Vergütung für alle Studierenden, Azubis, SchülerInnen über 16 in der Höhe von 1000,- Euro netto!**

Nein zu BA/MA! Nein zu Bologna und der weiteren Vermarktwirtschaftlichung der Unis und Bildungseinrichtungen!

- **Nein zu allen Privatisierungen! Ausbau und Sanierung der Bildungseinrichtungen, finanziert durch Besteuerung der Unternehmen und großen Vermögen!**
- **Abschaffung des Bachelor! Schluss mit der Verschulung der Uni, mit Anwesenheitspflichten und Leistungsterror! Kontrolle über die Studienordnung durch Studierende und Lehrende, Kontrolle über Unis u.a. Bildungseinrichtungen durch die Lernenden, Lehrenden und die Arbeiterbewegung!**

Gemeinsamer Kampf!

- **Neueinstellung von 100.000 neuen LehrerInnen an den Schulen bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Kein Outsourcing von Mensen u.a. Einrichtungen der Unis! Tarifliche Bezahlung für alle Lehrbeauftragten, Beschäftigten und einen Mindestlohn von 10 Euro netto pro Stunde für Reinigungskräfte, Mensenbeschäftigte usw.!**
- **Für das Recht auf volle politische Betätigung an der Uni ohne Wenn und Aber!**
- **Polizei und Sicherheitskräfte raus aus Schulen und Unis!**
- **Massenblockaden und organisierte Selbstverteidigung gegen Räumungsversuche!**
- **Aufbau von Besetzungs- und Streikkomitees, die von den Plena**

und VVs gewählt werden, diesen verantwortlich und jederzeit abwählbar sind!

- **Bundesweite Koordinierung der Aktionen, rasche Einberufung einer bundesweiten Delegiertenkonferenz aller besetzten Unis!**
- **Einberufung einer Aktionskonferenz aller im Bildungsbereich Kämpfenden, Verknüpfung mit den Anti-Krisenbündnissen, um die Losung „Vom Bildungsstreik zum Generalstreik!“**

Bericht Bildungsdemo Stuttgart 21.11.09

Wir sind hier, wir sind laut!

Am 21.11.09 fand in Stuttgart im Rahmen der Bundesweiten Aktion „Bildungsstreik“ und der „Global week of action“ eine Bildungsdemo statt. Dazu mobilisierten die Bildungsstreikaktion Baden-Württemberg, konkret das SchülerInnenaktionskomitee Stuttgart(SAK).

Viele SchülerInnen und StudenInnen aus BW folgten diesem Aufruf. Treffpunkt des Demozuges war eine Seitenstraße am Hauptbahnhof Stuttgart(Lautenschlager Straße, für alle Ortskundigen).

Die Demo war mit ca.3000-4000 TeilnehmerInnen ganz in Ordnung,auch wenn mal wieder hauptsächlich große Parteien MLPD,LINKE und SPD eine große Teilnehmerzahl stellten.

Auch wir von REVOLUTION waren vertreten,jedoch mit einer überschaubaren Anzahl Demonstranten.

„Begleitet“ wurde die Demo auf ihrem Weg durch Stuttgart vor allem von einer massiven Bullen-/Polizeipräsenz.Als der Demozug nach zwei Stunden stillstand,begannen die „Staatsmänner-und frauen in grün“(ja,das waren sie)aus unbekannter Ursache nervös zu werden.

Der Verkehr wurde erfolgreich für eine weitere halbe Stunde durch eine „Kundgebung“ während der Demo blockiert und musste teilweise umgeleitet werden.

Nach Ende der „Kundgebung“ begann die Demo sich aufzulösen und ein Großteil zog in Richtung Uni und demonstrierte dort weiter.

ONE SOLUTION-REVOLUTION!

Auf zur Klimakonferenz nach Kopenhagen!

Auf zum Klimagipfel nach Kopenhagen!

November 2009

Vom 7. - 18. Dezember findet die nächste Klimakonferenz in

Kopenhagen (Dänemark) statt. Ursprünglich sollte dort ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls verabschiedet werden, um verbindliche Reduktionsziele an Treibhausgasen festzulegen. Dort viele Staaten haben bereits durchblicken lassen, dass das sowieso nicht mehr zur Debatte steht. Es könne lediglich um Absichtserklärungen für weitere Verhandlungen gehen. Der Gipfel wurde sozusagen schon lange vor seinem Beginn als gescheitert erklärt.

In aller Ruhe...

Dabei ist schnelles Handeln notwendiger denn je! In jeder Zeitschrift konnte mensch mittlerweile schon nachlesen, welche Schreckensszenarien durch den vom Menschen verursachten Klimawandel entworfen werden. Auch wenn nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, wie das Klima genau reagieren und welche Auswirkungen das haben wird, ist unumstritten, dass eine globale Erwärmung im Mittel um 2°C unvermeidbar ist, dass es noch schlimmer kommt falls der globale Treibhausgasausstoß nicht nachlässt und das die Folgen davon riesig sein werden. Dürren, Ernteauffälle, Hungersnöte, Trinkwasserknappheit, Wald- und Artensterben, Flüchtlingsströme... das sind nur einige Schlagwörter, die in diesem Zusammenhang ohne Übertreibung genannt werden können. Und die Herrschenden und Verantwortlichen dieser Welt haben nicht die geringste Idee, wie sie dieses Problem lösen sollen, außer Absichtserklärungen zu versprechen!

Wie war das noch mit Kyoto?

Vor unser aller Augen zeigt sich ein Maß an Verantwortungslosigkeit, das in der Geschichte der Menschheit seines gleichen sucht. Dabei war schon das jetzige Modell, das Kyoto-Protokoll, eine Farce. Das Protokoll war ein Versuch, das Problem des Treibhausgasausstoßes in Einklang mit den Interessen der Wirtschaft anzugehen. Und diese hat sich artig bedankt, indem sie das Abkommen gnadenlos zu ihrem eigenen Nutzen missbraucht hat. Ein Kern des Protokolls war und ist

der sog. Emissionshandel. Länder und Firmen bekommen einen gewissen Treibhausgasausstoß genehmigt, und wenn sie darüber liegen, müssen sie sich Zertifikate kaufen. Diese Zertifikate wurden allerdings in Massen unkontrolliert, viel zu billig und teilweise gar umsonst ausgegeben. Viele Energie- und andere Konzerne in Europa haben so angebliche Kosten, welche sie nie hatten, für ihren Ausstoß auf die Verbraucher durch Preiserhöhungen abgeschoben! Das hat einzig allein an den Gewinnen der Konzerne etwas geändert, nicht jedoch an dem Treibhausgasausstoß! Ähnlich verhält es sich mit dem sog. Technologietransfer. Firmen sollten für ökologisch sinnvolle Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern Subventionen erhalten. Die Konzerne haben sich de facto selbst kontrolliert und Millionensummen für Projekte kassiert, welche ökologisch alles andere als unbedenklich sind (z.B. Staudämme, „grüne“ Kohlekraftwerke).

Das Problem des Kapitalismus

Deshalb hat dieser Versuch vor allem eins gezeigt: der Kapitalismus ist unfähig, auf die Klimakrise zu reagieren. Das ist keine platte Übertreibung. Denn die Misstände sind keine Ausnahmen, sondern die Regel. Wirksamer Klimaschutz kann nicht mit, sondern nur gegen das Kapital organisiert werden! Kein bürgerlicher Politiker oder Ökonom kann jemals erklären, wie denn eine nachhaltige Wirtschaft mit ständigem Wachstum auf einer endlichen Welt aussehen soll. Der Kapitalismus ist auf ständiges Wachstum und damit ständig steigenden Energieverbrauch angewiesen! Denn ohne Wachstum keine Profite. Der Kapitalismus zeichnet sich neben der sozialen Ungerechtigkeit vor allem durch eine enorme Verschwendung von Ressourcen aus. Produkte werden doppelt und dreifach entwickelt, es wird gegeneinander anstatt miteinander geforscht, Hunderttausende der bestausgebildeten Ingeunieur_innen sind mit der Entwicklung von sinnlosem Schnickschnack beschäftigt, Kriege verwüsten die Umwelt auf Jahrzehnte und länger, es herrscht in vielen Bereichen eine beständige Überproduktion (KFZ..) und in ebenso vielen

eklatanter Mangel, und schließlich haben bedeutende Sektoren des Kapitals wie die Ölindustrie und die Energiekonzerne ein sehr hohes Interesse daran, dass sich der Klimaschutz möglichst langsam und träge entwickelt.

Widerstand nicht nur gegen die Konferenz, sondern gegen das System!

Wir sollten alle nach Kopenhagen fahren und den Machthabern der Welt deutlich zeigen, dass sie so definitiv nicht weiter machen können! Der Klimawandel lässt kein Zögern mehr zu, es muss jetzt gehandelt werden! Gleichzeitig zeigt dieses Thema auch wie kaum ein anderes, dass der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, unsere Probleme zu lösen. Die Alternative ist eine demokratische Planwirtschaft, welche von unten nach oben organisiert wird und in der Produzent_innen und Konsument_innen die Gesellschaft und Wirtschaft nach ihren Bedürfnissen planen. Mit anderen Worten: Sozialismus. Diese Alternative unterscheidet sich komplett von dem „real existierenden Sozialismus“, wo nicht nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, sondern nach denen einer abgehobenen Bürokratie geplant wurde.

Es genügt aber nicht, sich eine schöne ferne Zukunft auszumalen, sondern bereits jetzt muss der Kampf für die Verwirklichung dieser Ziele aufgenommen werden. Deshalb müssen wir unsere konkreten Kämpfe mit einer Perspektive zum Sturz des Kapitalismus verbinden!

Wir fordern:

- Entschädigungslose Enteignung aller privaten Versorgungskonzerne für Energie, Abfallwirtschaft, Gesundheitswesen und Verkehr unter Arbeiterkontrolle!
- Offener Zugang zu allen Geschäfts- und Planungsvorgängen der Energiekonzerne für räteähnliche demokratisch transparente Ausschüsse, gebildet aus Beschäftigten, Gewerkschaften und

Anwohner_innen!

- für ein starkes Forschungsprogramm in umweltfreundliche und reversible Energieträger
 - > bezahlt durch progressive Besteuerung von Kapital und großem Vermögen!
 - für ein enormes Aufforstungsprogramm der Tropenwälder!
 - Für den Aufbau von Internationalen Strukturen und Aktionskomitees im Kampf gegen die Umwelt- und Klimaverschmutzung!
 - Für eine demokratisch geführte Planwirtschaft unter Kontrolle der Konsument_innen und Produzent_innen!
-

Aufruf zum internationalen Aktionstag der Bildungsbewegung 17.11.2009

Internationaler Aktionstag der Bildungsbewegung!

**Aufruf zum
17.11**

**Wir von der
internationalen
kommunistische
n**

**Jugendorganisat
ion**

**REVOLUTION
unterstützen
den
internationalen
Protesttag am
17.11, welcher
innerhalb der
„Global Weeks
of action“**

stattfindet.

Neben dem

Aufruf des

„International

Students

Movement“ (ISM

) hat auch die

letzte

Bildungskonfere

**nz in Bonn den
17.11**

**unterstützt —
wir wollen mit
allen**

**unterstützenden
Gruppen und
Bündnissen den
Bildungsstreik**

weiterführen.

**Gerade weil der
17.6 mit mehr
als 250 000
TeilnehmerInne
n in Deutschland
ein erfolgreicher
Bildungsstreik**

**war und ein
breites Bündnis
von
SchülerInnen
und
StudentInnen
dafür
mobilisierte, ist
es wichtig den**

**Protest
weiterzuführen.
Besonders die
Tatsache, dass
der 17.11 ein
internationaler
Protesttag ist
und bisherige
Proteste der**

**ISM,
AktivistInnen
aus über 20
Staaten, verteilt
über alle 5
Kontinente
zusammen
gebracht, ist eine
neue**

**Perspektive der
Bildungsbewegu
ng.**

**Gerade in
Deutschland
wird dieser
Termin wichtig.
Bis zum 17.11**

**werden
wir eine neue
Bundesregierung
haben, welche
die
Auswirkungen
der
Weltwirtschaftsk
rise auf die**

**Jugend, die
Arbeitnehmer
und die
Arbeitslosen
abwälzen wird.
Ein Bestandteil
dieser Politik
wird eine
weitere Welle**

**von
Privatisierung
im öffentlichen
Bereich sein.
Gerade im
Schul- und
Ausbildungsbere
ich sind weitere
Kürzungen zu**

**erwarten, der
17.11 bietet uns
die Möglichkeit
der neuen
Bundesregierung
unseren
Widerstand auf
der Straße zu
zeigen.**

**In der
Bildungsbewegu
ng ist es wichtig,
dass wir die
internationale
Vernetzung und
Aktion
ausbauen, dass
wir gemeinsame**

**Proteste
veranstalten und
Strukturen für
unsere Ziele
aufbauen. Dafür
wird es
wichtig sein, das
die
Bildungsbewegu**

**ng sich aktiv in
die**

Anti-

Krisenproteste

einbringt,

gemeinsam mit

den

Beschäftigten

und

**Arbeitslosen
müssen wir uns
gegen die
Auswirkungen
der Krise
wehren.**

Beteiligt euch

**am 17.11 – geht
in eure
Bündnisse und
fordert Aktionen
am 17.11**

**Unterstützt die
internationale
Aktion an euren
Schulen, Unis
und**

Berufsschulen!

**Unsere
Forderungen für
die
Bildungsbewegu
ng:**

Kostenlose Bildung für alle!

**- Weg mit dem
Mehrgliedrigen
Schulsystem!
Abschaffung
aller Elite- und
Privatschulen!**

**- Weg mit allen
Schul-, Uni- und
Lehrgebühren!**

-

**Mindesteinkomm
en für alle
SchülerInnen,
StudentInnen**

**und Azubis ab
dem
16. Lebensjahr
in Höhe von
1000 Euro
Netto! Bezahlt
durch
Besteuerung
der Reichen!**

**- Studien- und
Ausbildungsplät
ze für alle!**

Keine

Repression

durch

LehrerInnen,

ProfessorInnen,

AusbilderInnen, Staat und Polizei!

**- Abschaffung
aller
Strafmöglichkeiten
en wie Tadel,
Verweise,**

Fehlzeiten etc.

- Abschaffung

aller

Überwachungsk-

ameras und

Securitydienste!

- Prinzipielles

Verbot des

**Betreten von
Bildungseinricht-
ungen durch
Polizei und
Bundeswehr!**

**- Sicherheit
durch wähl- und
abwählbare**

**Strukturen und
Tribunale aus
SchülerInnen,
StudentInnen,
Azubis,
Ausbildenden,
LehrerInnen etc.**

- Für ein Recht

**auf Streik für
SchülerInnen,
Azubis,
StudentInnen,
aber
auch für
LehrerInnen und
ProfessorInnen
(auch**

verbeamtete)!

**Versammlung-
und**

**Meinungsfreihei-
t für Alle!**

**Freiräume unter
Selbstverwaltung
der**

**SchülerInnen,
Studierenden
und Azubis!**

**- Für volles
Aktions- und
Streikrecht aller
SchülerInnen,
StudentInnen,**

**Azubis,
LehrerInnen und
der
Beschäftigten!**

**- Ausbau der
Rechte der
SchülerInnen-
,StudentInnenve**

rtretung!

- Für den Aufbau

einer

Klassenkämpferi

schen

unabhängigen

SchülerInnen

und

**StudentInnenge
werkschaft!**

**- Für freie und
selbstverwaltete
Freiräume in
Schule, Uni und
Betrieb!**

- Volle

**Organisations-
und
Propagandafreih
eit für
SchülerInnen,
StudentInnen,
Azubis,
LehrerInnen und
den**

**Beschäftigten in
Schule, Uni
und Betrieb!**

**- Für die
Organisation der
Lehrform und -
inhalts in
Schule, Uni und**

**Betrieb durch
Räte von
SchülerInnen,
Studierenden,
Azubis und
Ausschüsse
der LehrerInnen
und Elternräte
auf wähl- und**

**abwählbarer
Delegiertenbasis
in jeder
Funktion!**

**Kein
Bildungsraub!**

- Rücknahme

**aller Kürzungen
und
Arbeitszeitverlän
gerungen im
Bildungsbereich
! Neueinstellung
von LehrerInnen
und Personal im
Bildungsbereich**

**— voller
Personal -und
Kostenausgleich
in den
Bildungsetats!**

**- Gegen
Schulzeitverkürz
ungen, wie dem**

G8 Abitur!

**Nein zu den
Marktinteressen
der
KapitalistInnen!**

**- Weg mit
Bachelor und**

Master!

Vom

Bildungsst

reik zu

Generalstr

eik! Von

**der
Gegenmac
ht zur
Rätemacht
!**

One

solution-
REVOLUTI
ON

Uni-

Besetzu

**ungen in
Wien -
Interview**

w mit

einem

Genoss

en

Uni-

Besetzu

ngen in

Österre

ich

Interview

mit Roman

**Birke,
Streikaktiv
ist und
Mitglied
von**

**REVOLUTI
ON und
der Liga
für die
sozialistisc**

he

Revolution

November 2009

**Am 22. Oktober
wurde der
größte Hörsaal
der Universität**

**Wien - das Audi
Max - im
Anschluss an
seine
Studentendemon
stration von
rund 2000
Studierenden
spontan besetzt.**

**Seither haben
sich
StudentInnen an
den
Hochschulen in
Wien, Graz,
Klagenfurt,
Innsbruck
angeschlossen.**

**Für heute, den
28. Oktober, ist
eine
Großdemonstrat
ion in Wien
geplant.**

***Frage: Wie kam
es zur Besetzung***

**in Wien? Was
sind die
Ursachen dafür?**

***Antwort:* Schon
am Mittwoch,
den 21. Oktober,
wurde die
Akademie der**

**bildenden
Künste besetzt.
Ziel des Protests
der Akademie ist
es, die geplante
Umstellung der
Studien entlang
der Bologna-
Struktur**

**(Bachelor,
Master, PhD) zu
verhindern. Als
Reaktion auf die
Besetzung der
Akademie
bildete sich am
Tag darauf eine
spontane**

**Demonstration,
die ihren
vorzeitigen
Abschluss im
Innenhof der
Wiener
Universität fand.
Dort entschied
man sich das**

**Audimax zu
besetzen.**

**Die Ursachen
der Proteste
sind breit
gefächert.**

**Grundlegende
Missstände im**

**Bildungssystem,
wie die massive
soziale Selektion
prallten mit
ganz konkreten
Vorhaben des
Ministeriums
(Ausweitung von
Zugangsbeschrä**

**nkungen,
Wiedereinführung
ng der
Studiengebühren
n) zusammen.**

***Frage:* Welche
Forderungen
haben die**

Studierenden?

***Antwort:* Die Forderungen konzentrieren sich vor allem auf den bildungspolitischen Bereich.**

**Angefangen von
Forderungen,
die Verschulung
der
Universitäten zu
stoppen, über
den Kampf für
den freien
Hochschulzugan**

**g bis zur Frage
nach**

**Demokratisierung
der Unis**

werden

unterschiedliche

Bereiche

adressiert. Eine

Schwäche der

**Forderungen ist
zurzeit
sicherlich die
Aussparung von
gesellschaftspoli-
tischen Fragen.
So findet sich
z.B. das Motto
der**

Großdemonstration „Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne“ nicht im allgemeinen Forderungskatalog wieder.

**Somit ist nicht
nur der
Forderungskatal
og
unausreichend,
sondern es
wurde auch eine
zentrale
politische**

**Debatte nicht
geführt.**

**Jeglicher Protest
muss sich selbst
über seine
gesellschaftliche
Rolle bewusst
werden, dies
umso mehr in**

**Zeiten der
historischen
Krise des
Kapitalismus.**

**Ohne die
Probleme des
Bildungssystems
in einen Kontext
mit dem**

**kapitalistischen
System zu
setzen werden
Kritik und
Forderungen
notwendigerweis
e immer zu kurz
greifen.**

**In letzter
Instanz geht es
dabei um die
Frage, wie man
sich in der
zentralen
Auseinandersetzung
zwischen
Arbeit und**

**Kapital
positioniert.
Wenngleich
auch
Solidaritätsbeku
ndungen von
Seiten der
ArbeiterInnen
(v.a.**

**KindergärtnerInnen,
DruckerInnen,
MetallerInnen
und
Einzelgewerkschaften) positiv
aufgenommen
wurden, fehlt die**

**Bereitschaft,
wirklich auf die
Beschäftigten
zuzugehen und
den Protest als
gemeinsamen zu
verstehen.**

Mit

dem

**Beschluss eines
Plenums am
Dienstag
(27.10.) die
Forderungen
auch an
Finanzminister
und
Bundeskanzler**

**zu adressieren
und
Stellungnahmen
von deren Seite
zu verlangen,
wurde diese
Debatte jedoch
indirekt wieder
eröffnet. Denn**

**nun ist auch die
Frage des
gesamten
Regierungsprogr
amms und der
Finanzierbarkeit
diverser
Forderungen in
den Mittelpunkt**

**der Debatte
gerückt worden.**

***Frage:* Wie
reagieren
Regierung und
Uni-Leitungen
auf die
Aktionen?**

Antwort:

**Wissenschaftsmi
nister Johannes
Hahn versucht,
den Protest
auszusitzen. In
mehreren
Interviews
reagierte er mit**

**zynischen
Kommentaren,
dass das
universitäre
Budget in den
letzten Jahren
angeblich
gewachsen sei.
In Wirklichkeit**

**stimmt dies
jedoch nur,
wenn man von
den**

**Nominalbeiträge
n ausgeht, nicht
jedoch, wenn
das Budget in
ein Verhältnis**

**zum BIP-
Wachstum
gesetzt wird.
Real kann somit
eine Senkung
beobachtet
werden.
Hahn selbst wird
sehr bald EU-**

**Kommissar in
Brüssel und
somit durch ein
anderes Gesicht
ersetzt werden.**

Politische

**Klarheit anstatt
die**

Konzentration

**auf
Einzelpersonen
ist deshalb umso
wichtiger für die
Bewegung.**

**Die Leitung der
Uni Wien zeigt
sich noch**

**prinzipiell
verständnisvoll,
hat jedoch über
die Medien
bereits eine
ideologische
Kampagne
wegen
angeblichen**

**Sachschäden
von 100.000,-
Euro pro Tag
eröffnet. Doch
auch das ist
scheinheilig.
Denn der große
Teil dieses
„Schadens“ fällt**

**durch die
Bezahlung von
externen
Securities an,
die am und ums
Gelände
patrouillieren.
Niemand hat um
eine solche**

**Bewachung
gebeten.**

***Frage:* Wie sind
die Proteste
organisiert? Wer
führt sie an?
Welche Rolle
spielen die**

**„offiziellen“
Studentenvertre-
tungen der
Österreichischen
Hochschülersch-
aft (ÖH)?**

***Antwort:* Die
Spontaneität der**

**Proteste führte
auch zu einem
grundlegenden
Diskussionsproz
ess über die
Strukturen die
sich die
Bewegung geben
sollte. Während**

**zu Beginn
libertäre
Tendenzen
dominierten, die
überhaupt
gegen
Abstimmungen
auftraten,
versteht**

**mittlerweile die
große Mehrheit
der Bewegung,
dass
Entscheidungen
getroffen
werden müssen,
um die
Besetzung**

**fortführen zu
können und sich
nicht selbst zu
paralysieren.**

**Zurzeit sind
regelmäßige
Vollversammlun
gen (Plena) die**

**höchsten
Entscheidungsgr
emien der
Bewegung. Nach
anfänglichem
Chaos wurde
mittlerweile ein
System etabliert,
wie**

**Diskussionen
geführt, Anträge
eingebracht und
Abstimmungen
getroffen
werden. Die
Teilnahme an
den Plena
übersteigt dabei**

**mit manchmal
über 2.000
StudentInnen
oftmals die
Kapazitäten des
Audimax, die
Versammlungen
selbst laufen
sehr lebendig**

**und mit vielen
Diskussionsbeitr
ägen ab. Bis
jetzt gibt es
jedoch noch
keine
legitimierte
Führung,
wenngleich sie**

**trotzdem
inoffizielle
Strukturen
herausgebildet
haben. Eine
Wahl eines
solchen
Streikkomitees
wäre ein**

**wichtiger Schritt
vorwärts.**

**Die ÖH konnte
trotz**

anfänglicher

Versuche eine

hegemoniale

Stellung zu

erlangen keine

**Dominanz über
die Bewegung
etablieren.**

Politisch

**versucht sie zu
bremsen und die
Proteste auf
Verhandlungen
zu lenken,**

**organisatorisch
versucht sie
einen Fuß in der
Bewegung zu
halten, indem
sie Infrastruktur
(Druckmaterial,
etc.) zur
Verfügung stellt.**

**Zurzeit gibt es
auch noch große
Ressentiments
gegen die
Führung der ÖH,
eine absolute
Dominanz
scheint zurzeit
nicht möglich,**

**wenngleich auch
einzelne
Fraktionsvertret
erInnen
versuchen, die
Treffen der
inoffiziellen
Führung zu
dominieren.**

***Frage:* Wie kann
der Kampf
gewonnen
werden? Für
welche
Perspektive
treten LSR und
REVOLUTION
ein?**

***Antwort:* Eine
Ausweitung des
Streiks zum
Vollstreik muss
der erste
wichtige Schritt
sein, auf den
hingearbeitet
werden muss.**

**Nur so ist es
möglich den
Lehrbetrieb
wirklich
lahmzulegen
und somit auch
StudentInnen
außerhalb des
stressigen Uni-**

**Alltags eine
breite
Teilnahme an
den politischen
Diskussionen
und Aktionen
der Bewegung
zu ermöglichen.
Genau so**

**wichtig ist
jedoch auch eine
Ausweitung auf
andere
gesellschaftliche
Schichten, allen
voran die
Beschäftigten.
Die Situation**

**dafür ist
günstig:
KindergärtnerIn
nen und
DruckerInnen
stecken in einem
Arbeitskampf
um höhere
Löhne, die**

**MetallerInnenen-
werkschaft hat
gerade die
Kollektivvertrag
sverhandlungen
abgebrochen.**

**Und darin liegt
eine wichtige
Chance. Denn**

**wenn die
Proteste einmal
so weit gehen,
dass sie sowohl
zu einem
Problem des
Wissenschafts-
als auch des
Wirtschaftsmini**

**sters werden,
dann können
nicht nur
Forderungen
leichter
gewonnen
werden, sondern
dann kann die
Bewegung in**

**ganz anderen
Dimensionen
denken und in
der Tat die
Frage nach
gesellschaftliche
n Alternativen
ganz konkret
aufwerfen.**

**LSR und
REVOLUTION
treten daher für
eine Ausweitung
und klarere
Organisierung
der Bewegung
ein. Kurz
zusammengefasst**

**t kämpfen wir
für: Vollstreik -
Streikrat -
Solidarität.**

**Mehr Artikel zur
Uni-Besetzung
in Wien und zu
den Aktionen in**

anderen

Städten:

www.sozialistisc

he-

revolution.org

Südkor

ea:

Klassen

kampf

bei

Ssangy

ong

Motors

September 2009

Am 06. August

**2009 stürmten
4000 Bullen mit
Hilfe von
mehreren
Helikoptern, die
Tränengas
versprühten,
privaten
Schlägertrupps,**

**Wasserwerfern
und sonstigem
schwerem Gerät
das**

**Werksgelände
von Ssangyong
Motors in
Pyeongtaek.**

„Wenn der

**Streik zum Krieg
wird“ titelte der
Stern und in der
Tat spielten sich
in der
südkoreanischen
Stadt
bürgerkriegsähn
liche Szenen ab.**

**Die Staatsmacht
ging äußerst
brutal vor.**

**Zahlreiche
BesetzerInnen
wurden verletzt
und verhaftet.**

**Bei der
Stürmung der**

**Lackiererei
nahm die Polizei
in Kauf, dass es,
wegen der dort
lagernden
hochentzündlich
en Stoffe, zu
einer
Großexplosion**

**hätte kommen
können.**

**Zuvor hatten ca.
1000**

ArbeiterInnen

die Fabrik 77

Tage lang

besetzt

**gehalten, weil
bekannt
geworden war,
dass die
Kapitalisten mit
2650 mehr als
ein Drittel der
Belegschaft auf
die Straße**

**setzen wollten.
Selbst nachdem
den Streikenden
die Versorgung
von Wasser,
Nahrung, Strom
und
Medikamenten
verwehrt wurde,**

**wichen sie nicht
zurück.**

Stattdessen

benutzten sie

nachts Kerzen

und sammelten

Regenwasser um

nicht zu

verdursteten. Sie

**verteidigten sich
mit langen
Stangen,
Brandbomben
und großen
Schleudern
gegen die
Angriffe, so dass
die Bullen und**

**Streikbrecher
sich nur noch
mit Hilfe von
tragbaren
Schutzwänden
näher konnten.
Über 100
BesetzerInnen
wurden bei den**

**wochenlangen
Kämpfen
verletzt, einige
von Ihnen
schwer. Die
Verletzten
konnten aber
nicht einmal ins
Krankenhaus**

**gebracht
werden, da sie
sogar dort
weiter von den
Bullen bedrängt
wurden.**

**Mehrere
Versuche das**

**Gelände zu
stürmen
konnten
erfolgreich
abgewehrt
werden. In
Südkorea gab es
große
Solidarität mit**

**der Besetzung.
Vor allem von
der örtlichen
Bevölkerung
und der
Gewerkschaftsba-
sis wurden Soli-
Demos
organisiert und**

**Versuche
unternommen
vor das
Werksgelände
zu gelangen.
Diese
Demonstratione
n wurden
nahezu alle von**

**den Bullen
angegriffen und
endeten häufig
damit, dass die
DemonstrantInn
en
auseinandergetr
ieben wurden.**

**Schließlich
endete der
Streik aber in
einer Niederlage
der
ArbeiterInnen.
Der Großteil von
ihnen gab auf
als die Bullen**

**die meisten
Gebäude des
Werksgelände
bereits gestürmt
hatten und die
Lage nur noch
aussichtslos war.
Durch den
gesellschaftliche**

**n Druck sahen
sich die
Ssangyong-
Manager dazu
genötigt 500 der
Entlassungen
vorerst
zurückzunehmen
n. Dass heisst**

**aber vor allem,
dass nach wie
vor über 2000
der ehemaligen
ArbeiterInnen
keine Arbeit
mehr haben.**

Nicht zuletzt

**müssen die
Betroffenen nun
nicht nur mit
Arbeitslosigkeit
sondern vor
allem mit
massiver
Repression
rechnen. Es**

**zeichnet sich ab
dass der
südkoreanische
Staat die
BesetzerInnen
mit einer
Klagewelle
überziehen wird.
Zahlreiche**

**Räumlichkeiten
wurden
durchsucht,
darunter auch
die von
Gewerkschaften,
wo die Polizei
240 Computer
beschlagnahmte.**

REVOLUTION

verurteilt die

Stürmung des

Ssangyong-

Werks aufs

schärfste und

erklärt seine

vollste

Solidarität mit

den

BesetzerInnen!

Die Streikenden

wussten, dass

die Kapitalisten

sich

allerhöchstens

zu faulen

Kompromissen

**herablassen
würden und dass
sie sich gegen
die Bullen
verteidigen
müssen. Über 2
Monate lang
trotzten sie
mutig dem**

**Druck der
Kapitalisten und
des Staats. In
dieser Zeit
entgingen dem
Großkonzern
Ssangyong
Motors
schätzungsweise**

**140 Millionen
Dollar Profit.
Nur mit einem
rießigem,
militärisch
anmutendem
Großaufgebot,
konnten die
BesetzerInnen**

**geschlagen
werden.**

**Auch wenn
dieser Kampf
nicht erfolgreich
endete so zeigt
dies doch, wie
bedrohlich die**

**Vorgehensweise
der
Streikenden für
das
Unternehmen
und die
konservative
Regierung war
und was für ein**

**mächtiges Mittel
die
Betriebsbesetzung
im
Klassenkampf
für die
Arbeiterklasse
ist.**

**Ssanyong war
weltweit einer
der
militantesten
Arbeitskämpfe
in den letzten
Jahren. Und es
war eine der
ersten offensiv**

**geführten
Auseinandersetz
ungen im
Zeichen der
weltweiten
Wirtschaftskrise
. Besonders
jetzt, wenn der
Kapitalismus in**

**einer seiner
tiefsten Krisen
seit seiner
Entstehung
steckt verschärft
sich der Kampf
zwischen den
Klassen. Die
Mächtigen, die**

**Reichen, die
Kapitalisten
versuchen mit
aller Kraft die
Kosten auf die
ArbeiterInnen,
die Arbeitslosen,
die Frauen,
MigrantInnen**

**und
Jugendlichen
kurz: die
Arbeiterklasse
abzuwälzen. Die
Kapitalisten
wollen uns für
ihre Krise bluten
lassen. Dagegen**

**müssen wir uns
mit Streiks und
Besetzungen
wehren!**

Nationa ler Antikri

egstag?

- Die

neue

Argume ntation der

**Neofasc
histen**

Nationa ler Antikri

egstag?

Die

Argume

ntation

der

Neofasc

histen

REVOLUTION

September 2009

**Angesichts des
„nationalen
Antikriegstags“**

**planen Neonazis
am 5. September
2009 in
Dortmund eine
Großdemonstrat
ion, um der
Öffentlichkeit
ihre
menschenverach**

**tenden Ideologie
unter dem
Vorwand des
Pazifismus und
Antikapitalismus
zu präsentieren.
Gerade in der
gegenwärtigen
Wirtschaftskrise**

**droht die Gefahr
des Wachstums
der
faschistischen
Bewegungen
immer akuter zu
werden - eine
Entwicklung, der
nur der**

**entschiedene
Kampf gegen
den braunen
Hassmob
entgegengesetzt
werden kann!**

**Wir von
REVOLUTION**

**rufen wie
zahlreiche
AntifaschistInne
n in ganz
Deutschland zur
Gegendemonstra
tion am 5.
September in
Dortmund auf,**

**um den Nazis zu
zeigen, dass wir
ihr Spiel
durchschauen,
um sie zu
demaskieren
und ihren
rassistische
Ideologie zu**

offenbaren.

**Wie bereits vor
den**

**Demonstratione
n der letzten 4
Jahren scheuen
sich die**

Neonazis nicht,

**in Vorbereitung
des „nationalen
Antikriegstags“
ihre realen Ziele
unter einem
pseudo-
antimilitaristisc
hen Deckmantel
zu verstecken.**

**Doch im
Gegensatz zur
vorherrschenden
Strategie der
letzten
Jahrzehnte sind
die Faschisten
bemüht, sich
radikal und**

**antikapitalistisch
h zu profilieren.**

**Die hierbei
dominierende**

Strömung

**bezeichnet sich
selbst als**

„Autonome

Nationalisten“

**und als „Freier
Widerstand“ -
ein eindeutiges
Aufgreifen
linksradikalen
Vokabulars.**

**Auch die
Kleidung der
„Autonomen**

**Nationalisten“
ist von
Einflüssen
antifaschistische
r Bewegungen
geprägt; so
demonstrieren
auch viele Nazis
inzwischen in**

**„schwarzen
Blöcken“ und
tragen
Palästinensertü-
cher.**

**Doch der
radikal-
antikapitalistisc-
he Eindruck**

**verschwindet
nach einem
Blick unter die
Oberfläche.**

**So behaupten
die Faschisten in
ihrem Aufruf,
den Kampf**

**gegen die
imperialistische
n Kriege der
USA zum Ziel zu
haben und
Gerechtigkeit
und Frieden
anzustreben. Da
diesen Kriegen**

**das
kapitalistische
Wirtschaftssyste
m zugrunde
liege, müsse
man das Übel an
der Wurzel
fassen und den
Kapitalismus zu**

**überwinden
versuchen. So
weit, so gut...
Doch der
imperialistische
n Globalisierung
wird der
völkische
„soziale“**

**Nationalismus
entgegengesetzt
. Laut den
naiven Parolen
der
faschistischen
Demagogen
funktioniert
Kapitalismus**

**international -
ein nationales
System muss
also sozialistisch
sein. Die
Erklärung des
Kapitalismus
bleibt ebenso
wie die**

**Erläuterung der
angeblichen
nationalistische
n Alternative
aus; kein
Wunder, denn
eine nationale
Alternative zum
Kapitalismus**

**gibt es nicht,
schon gar nicht
eine
sozialistische.**

**Anders als die
Nazis behaupten
beruhen
Wirtschaftssysteme**

**me primär auf
den**

**Beziehungen der
im**

**Produktionsproz
ess involvierten
Klassen**

**zueinander, also
auf den**

**Produktionsverh
ältnissen - nicht
auf ideellen
Konstrukten wie
Nationen und
Völkern. So
existieren im
Kapitalismus
maßgeblich zwei**

**soziale Klassen:
das Bürgertum
als die
Produktionsmitt
el besitzende
Klasse und die
lohnabhängige
Arbeiterklasse.
Doch allein**

**diese Tatsache
wird von den
vorgeblich
sozialistischen
Nationalisten
schon
verleugnet.**

**Anstelle von
Klassen berufen**

**sie sich auf Volk
und Nation. So
lassen die
Faschisten die
gegensätzlichen
wirtschaftlichen
Interessen der
sozialen Klassen
unter den**

**(Stamm-)Tisch
fallen und
unterstellen
identische
Interessen
innerhalb von
„Volk“ und
„Nation“. Diese
Interessen**

**stehen laut
ihnen im
Widerspruch
zum globalen
Kapitalismus. So
fordern die
angeblich
radikal-
antikapitalistisc**

**hen Faschisten
nicht etwa eine
Alternative - sie
setzen sich für
einen
aggressiven,
nationalen,
deutschen
Kapitalismus**

ein.

**Eine derartige
Strategie ist
alles andere als
neu - auch in
den 1930ern
profiliereten sich
weite Teile der**

**NSDAP als
antikapitalistisc
h. Ebenso wie
die heutigen
Faschisten
versuchte Hitler,
sich als
Pazifisten und
Antimilitaristen**

**darzustellen,
während er
zugleich die
Interessen des
Großkapitals
durchzuführen
bemüht war und
so massive
Kriegsvorbereitu**

**ngen in die
Wege leitete.**

**Dass der
Faschismus eine
kompromisslose
Form des
Imperialismus
darstellt, gilt**

**trotz der
heuchlerischen
Behauptungen
seiner Anhänger
auch heute.
Somit muss der
Kampf gegen
den Faschismus
ein Kampf gegen**

**die bürgerliche
Klasse sein,
denn ihre
Interessen
werden durch
den Faschismus
realisiert.**

Der

Antifaschismus

**gewinnt in der
gegenwärtigen
Weltwirtschaftsk
rise zunehmend
an Aktualität; in
anderen
europäischen
Ländern wie
Ungarn und**

**Großbritannien
erstarken
faschistische
Parteien und
Bewegungen
bereits deutlich
und auch in
Deutschland
häufen sich**

**rechtsextreme
Übergriffe.**

**In Dortmund
selbst,
mittlerweile
Hochburg der
Faschisten im
Westen**

**Deutschlands,
griffen am 1.
Mai 300
Neonazis eine
Gewerkschaftsde
monstration
gewaltsam an.**

Wir von

REVOLUTION

fordern den

bedingungslosen

Kampf gegen

Faschismus,

Nationalismus

und Rassismus!

Antifaschismus

heißt

**Klassenkampf -
am 5. September
in Dortmund
und überall
sonst auf der
Welt.**

**Gemein
sam**

gegen

die

Krise

-

Aktions

tag

17.09.2

009

Kampf

um

jeden

Ausbild

ungsp

tz -

gemein

sam

gegen

die

Krise!!

Kommt

zum

**Aktionsta
g am
17.9!**

REVOLUTION

September 2009

**In jeder Krise
des
Kapitalismus
stellt sich die
Frage, wer die
Kosten dafür
zahlen muss. Die
herrschenden
Klasse der**

**ganzen Welt
verfolgt dabei
ein klares Ziel:
Die Verluste der
Bourgeoisie
sollen die
ArbeiterInnenkl
asse und die
Jugend tragen.**

**Dabei ist die
Jugend am
schlechtesten
dran. 26,1% der
Hartz-IV-
Bezieher waren
im Juli zwischen
15 und 25 Jahre
alt das sind ca.**

**1,6 Millionen
Jugendliche.**

**Eine Statistik
der
Arbeitsagentur
sagt dass rund
die Hälfte der
Hartz-IV-**

**Bezieher unter
25 Jahren sich
bis zum Rest
ihres Lebens
nicht aus der
Armutsfalle
befreien können.
Dazu gehören
Jugendliche, die**

**weder
Schulabschluss
haben noch
Ausbildung
beenden
konnten und
später entweder
in
Arbeitslosigkeit**

**oder
Niedriglohnbere
ich landen, aber
auch
Jugendliche die
eine
abgeschlossene
Ausbildung
haben. Laut der**

**IG Metall
werden rund
50% der
Auszubildenen
von ihren
Betrieben nicht
übernommen.**

**Ein
Scheinargument**

**der Kapitalisten
ist: „Wegen der
Wirtschaftskrise
können wir uns
keine
Übernahme
leisten“.**

Von der IG

**Metall gibt es
zurzeit die
Kampagne
„Operation
Übernahme“, in
der die
Unternehmen
aufgefordert
werden, ihre**

**Auszubildenen
zu übernehmen
und die Azubis
selbst durch
öffentliche
Aktionen dazu
motiviert
werden, in ihren
Betrieben für**

**eine Übernahme
zu kämpfen.**

**Diese Kampagne
unterstützen wir
und wollen mit
der**

**Gewerkschaftsju
gend den Kampf
für Ausbildung**

**und Übernahme
führen. Es
werden immer
weniger
Auszubildene
übernommen
obwohl in
manchen
Belegschaften**

**sogar
Überstunden
angeordnet
werden. In den
meisten
Unternehmen
herrscht derzeit
Kurzarbeit, bzw.
sind schon viele**

**Leih -und
Zeitarbeiter
entlassen
worden - diese
Situation nutzen
die Kapitalisten.
Viele Azubis
werden nicht
übernommen,**

**oder müssen
darum fürchten
ihre Ausbildung
überhaupt
beenden zu
können; als
Begründung
nennen die
Kapitalisten**

**natürlich die
Krise. Zwei
weitere
Scheinargument
e dazu sind:
„Ausbildung
oder Übernahme
- beides
zusammen lässt**

**sich nicht
finanzieren.“**

oder etwa

„Sollen wir eine

Mutter oder

einen

Familienvater

wegen der

Übernahme

**eines
Auszubildenen
entlassen?“**

**Fakt ist: ohne
Berufserfahrung
verliert eine
Ausbildung
schnell an Wert,**

da **viele**
Kapitalisten
lieber
Arbeitnehmer
mit
Berufserfahrung
einstellen. Nach
längerer
Arbeitslosigkeit

**direkt nach der
Ausbildung
werden die
Einstiegsschance
n in den Beruf
immer
schlechter.**

Am 17. Juni

**waren mehr als
250 000
Jugendliche in
Deutschland
anlässlich des
Bildungsstreiks
auf den Straßen;
wir kämpften für
bessere Bildung**

**und gegen
Studiengebühren.
Diesen Kampf
wollen wir auch
mit der
Gewerkschaftsju-
gend führen -
gemeinsam
können wir die**

**Interessen der
Jugend gegen
die Angriffe von
Staat und
Kapital
verteidigen.**

**Wir von
Revolutionen**

kämpfen für:

**- Übernahme
aller**

**Auszubildenen -
für ein Recht auf
freie**

**Ausbildung,
jeder Azubi muß**

**seine
Ausbildung
beenden
können!**

-

**Entschädigungs-
lose Enteignung
aller**

**Unternehmen
die
ArbeiterInnen in
der Krise
entlassen!**

**- Abschaffung
von Harz IV und
allen Sanktionen**

**und
Arbeitszwang!**

**- Besteuert die
Reichen! Für
eine massive
Steuererhöhung
für große
Konzerne und**

Superreiche

**- Gleicher Lohn
für gleiche
Arbeit
unabhängig von
Alter,
Geschlecht oder
Nationalität**

- **Mindestlohn,
festgelegt durch
die
Organisationen
der
Arbeiterbewegu
ng!**
- **Beteiligt Euch**

**am
bundesweiten
Aktionstag
gegen die Krise
am 17.9!**

**- Gemeinsam für
eine
antikapitalistisc**

he
Jugendbewegun
g!

Atomkr

aft: die

große

Klimalü

ge

Atomkr

aft: die

große

Klimalü ge

REVOLUTION

September 2009

Der

**„Atomausstieg“
ist beschlossen,
meinen viele.
Doch selbst
wenn es beim
Ausstieg bleibt -
die meisten der
17 deutschen
Reaktoren**

**haben noch
jahrelange
Restlaufzeiten.
Auf Druck der
Betreiberkonzer
ne wurden diese
bereits
mehrfach
verlängert. Die**

**CDU hingegen
hält gar nichts
vom Ausstieg -
nach der
Bundestagswahl,
so hat sie
angekündigt,
wird sie den
Atomausstieg**

**rückgängig
machen. Um den
Protest gegen
Kernenergie und
die damit
verbundene
Erzeugung von
radioaktivem
Müll auf die**

**Straße zu
bringen, findet
am 5. September
in Berlin eine
Demonstration
statt. Sie wird
von
verschiedenen
Umweltorganisa**

tionen

vorbereitet -

REVOLUTION

unterstützt die

Demo und ruft

zur Teilnahme

auf.

Die

**größtechnische
Nutzung von
hochradioaktive
n Stoffen birgt
enorme
Gefahren für die
Menschen.
Unzählige
Zwischenfälle**

**bis hin zu
„Super-Gaus“
(insbesondere in
der UdSSR)
zeigen, dass
Kernkraftwerke
- zumal in der
Hand von
Kapitalisten**

**bzw. der
stalinistischen
Bürokratie - bei
weitem nicht so
sicher sind, dass
der Nutzen die
Risiken
überwiegt. Zwar
existieren in**

**Deutschland
strenge
Sicherheitsvorsc
hriften für
AKWs, dennoch
geschehen
häufig
Zwischenfälle,
da die**

**Vorschriften von
den**

**Betreiberkonzer
nen regelmäßig
umgangen oder
missachtet**

werden. Die

Angst vor den

Folgen eines

**schweren
Unfalls ist
keinesfalls
hypothetisch -
bereits heute
sind die
Gegenden um
das
Atomkraftwerk**

**Tschernobyl,
ebenso wie die
weit weniger
bekannte
Plutoniumfabrik
Majak im Ural
unbewohnbar.
Auch in Europa
und den USA hat**

**es etliche
Großunfälle mit
sog.**

**„Kernschmelze“
und Austritt
großer Mengen
von**

**Radioaktivität
gegeben.**

**Werden
Menschen einer
entsprechend
hohen Dosis
Radioaktivität
ausgesetzt,
sterben sie nach
Jahren oder
Jahrzehnten an**

**Krebs, oder aber
nach wenigen
Tagen an der
sog.**

**Strahlenkrankhe
it.**

Die

Argumentation

der AKW-Lobby

lautet:

Kernkraftwerke

erzeugen kein

Kohlendioxid

und sind daher

klimaschonend.

Dies ist zwar

richtig - doch

**erstens ist ein
nuklearer Super-
Gau sicherlich
nichts, was man
gegen andere
Optionen wie
den**

**Klimawandel
abwägen könnte,**

**zweitens ist die
Argumentation
heuchlerisch,
denn die selben
Konzerne, die
AKWs betreiben
- wie E.ON, RWE
und Vattenfall -
betreiben auch**

**klimaschädliche
Kohlekraftwerke
und planen
sogar eine
Vielzahl von
Neubauten.
Zudem ist die
Kernenergie
keinesfalls**

**nachhaltig - die
wirtschaftlich
nutzbaren
Uranvorkommen
werden bei
konstantem
Verbrauch
Schätzungen
zufolge in**

**50-100 Jahren
erschöpft sein.**

**Ein großes
Problem beim
Betrieb von
Kernkraftwerke
n ist der
radioaktive**

**Abfall, die
„ausgebrannten“
Uranbrennstäbe,
die eine Vielzahl
hochgefährliche
r radioaktiver
Stoffe enthalten.
Sollte derartiger
Müll in die**

**Umwelt
gelangen, so
kann er riesige
Gebiete auf
lange Zeit
unbewohnbar
machen. Bis
heute ist nicht
bekannt, ob es**

**überhaupt
möglich ist,
diesen Müll
langfristig
sicher
einzulagern,
sodass er keine
Gefahr für
Menschen und**

**Umwelt
darstellt. Es gibt
auch keinen
Plan, was mit
dem in
Deutschland
angefallenen
Atommüll
geschehen soll.**

**Das sogenannte
Forschungsberg
werk Asse, in
dem die
Endlagerung der
Abfälle
„erprobt“ wurde,
hat bereits
mehrfach für**

**Schlagzeilen
gesorgt. In dem
ehemaligen
Salzbergwerk, in
dem große
Mengen
Atom Müll
eingelagert
wurden, tritt**

**Wasser ein,
welches
radioaktive
Stoffe ausspülen
und in die
Umwelt
befördern
könnte. Zudem
könnte laut**

einem

Gutachten

bereits **im**

nächsten

Jahrzent **die**

Statik **des**

Bergwerks

instabil werden -

sprich, **das**

**Bergwerk droht
einzustürzen.**

Außerdem

wurden

regelmäßig

Vorschriften

mißachtet.

Hingegen

verspricht die

**Bundesregierung
in ihrer
Großherzigkeit
die sichere
Einlagerung der
Abfälle in
Endlager für
eine Dauer von
mindestens 1**

Mio. Jahren.

Die Entdeckung

der

Kernspaltung ist

sicherlich eine

herausragende

technische

Errungenschaft.

**Die
Energienmenge,
die durch
Kernspaltung
aus einer
gegebenen
Menge des
Rohstoffes
gewonnen**

**werden kann,
übertrifft alle
anderen
Technologien
zur
Energiegewinnu
ng um viele
Größenordnunge
n. Nur dies**

**macht die
Kernenergie, die
mit der
aufwändigen
Urananreicheru
ng verbunden ist
und den
Umgang mit
hochgefährliche**

**n radioaktiven
Stoffen
erfordert,
überhaupt zu
einer
wirtschaftlichen
Alternative zu
Kohleverbrennu
ng oder anderen**

**Verfahren. Doch
für die
Imperialisten
war zunächst
nicht die
günstige
Stromerzeugung
Ziel der
wissenschaftlich**

**en Forschung.
Vielmehr hatten
die USA (ebenso
wie das deutsche
Reich) während
des Zweiten
Weltkrieges
erkannt, dass
die**

**Verfügbarkeit
solch gewaltiger
Energienmengen
den Bau einer
schrecklichen
Vernichtungswaf
fe ermöglicht:
der Atombombe.
Viele**

**Kernreaktoren
dienen
ausschließlich
dem Zweck,
größere Mengen
des spaltbaren
Isotops Pu-239
herzustellen,
welches in der**

**Natur nicht
vorkommt. Doch
auch in jedem
„zivilen“**

**Atomkraftwerk
entsteht das zur
Produktion von
Kernwaffen
geeignete**

**Plutonium-
Isotop. Nachdem
die
Brennelemente
verbraucht sind,
werden die
einzelnen
Bestandteile in
„Wiederaufberei**

**tungsanlagen“
wie in La Hague
(Frankreich)
oder Sellafield
(Großbritannien
) getrennt, und
ggfs. zur
Produktion von
Atomwaffen**

**eingesetzt. Die
Produktion von
Atomwaffen ist
also untrennbar
verknüpft mit
der
Stromproduktio
n in
Kernkraftwerke**

**n - es werden
die selben
Technologien
zur
Anreicherung
der benötigten
Isotope und zum
Betrieb der
Reaktoren**

verwendet.

**Nach heutigem
Stand der
Technik gibt es
keine**

**Argumente für
die Kernenergie.
Bereits aufgrund**

**der begrenzten
Vorräte fossiler
Energie - sowohl
Erdöl als auch
Uranvorkommen
werden**

**voraussichtlich
in spätestens
100 Jahren**

**erschöpft sein -
ist der Umstieg
auf regenerative
Energien die
vordringlichste
technische
Herausforderun
g unserer Zeit.
Dieser ist**

**möglich und
keinesfalls, wie
die
Energiekonzerne
behaupten, erst
in ferner
Zukunft
machbar. Durch
Einführung**

**moderner,
energiesparende
r Technologien
in der Industrie
kann bereits der
Großteil der
alten Anlagen
stillgelegt
werden. Durch**

**Planung der
gesamten
Industrie kann
die Produktion
auf das
notwendige Maß
reduziert
werden. Die
restliche**

**benötigte
Energie kann
mittelfristig
durch
umweltfreundlic
he, erneuerbare
Technologie
erfolgen.**

**Doch all dies
kann weder
isoliert in einem
Land, noch kann
es überhaupt
unter
kapitalistischen
Voraussetzunge
n erreicht**

**werden. Arbeiter
und Ingenieure
in allen Teilen
der Welt müssen
zusammenarbeit
en, damit
moderne
Technologien
überall**

**verfügbar sind.
Zunächst
müssen die
schädlichsten
und
gefährlichsten
Kraftwerke
abgeschaltet
und dort durch**

**neue ersetzt
werden, wo es
am sinnvollsten
ist. Auch durch
Verkürzung der
Transportwege
in der globalen
Warenproduktio
n kann viel**

**Energie
eingespart
werden.**

**Eine geplante
und sichere
Stilllegung der
Kernkraftwerke
und eine unter**

**gegebenen
Umständen
bestmögliche
Einlagerung der
Abfälle kann nur
unter Kontrolle
der Arbeiter und
der betroffenen
Anwohner**

**erfolgen. Wir
vertrauen nicht
den
Beteuerungen
der
Atomindustrie,
alles für die
Sicherheit der
Anlagen zu**

**unternehmen -
eine solch
gefährliche
Industrie kann
nicht den
Kapitalisten und
ihren Interessen
überlassen
werden. Wir**

**glauben auch
nicht an die
„Unabhängigkeit
“ der
Wissenschaft,
die den
deutschen
Kernkraftwerke
n bescheinigt,**

**vor Störfällen
geschützt zu
sein. Nur wenn
die für
Kontrolle,
Wartung und
Inspektion der
Anlagen
zuständigen**

**Fachleute von
den Betroffenen
- Arbeiter und
Anwohner -
gewählt werden,
kann für die Zeit
bis zur völligen
Stilllegung
größtmögliche**

**Sicherheit
gewährleistet
werden.**

- **geplanter
Ausstieg aus der
Kernenergie!**

- **Atomanlagen
unter**

**Arbeiterkontroll
e! Ebenso die
Einlagerung des
Atommülls!**

•

**Entschädigungslos
Enteignung
der**

Energiekonzerne

!

- unterstützt
den Widerstand
vor Ort gegen
die Endlager wie
Asse und
Gorleben und**

gegen

Atomkraftwerke!

- **Konfiszierung**

von

gefährlichem

radioaktivem

Material durch

Arbeiterkommit

ees!

- **gegen die
Atomwaffen der
Imperialisten!**

- **Kommt zur
Demo am 05.09.
in Berlin!**